

dpa 19.4.2007

Breite Kritik an Kindergarten-Novelle - Grüne: «Vertragsbruch»

Düsseldorf (dpa/lnw) - Grüne, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften haben der nordrhein-westfälischen Landesregierung vorgeworfen, Vereinbarungen für das neue Kindergartengesetz zu brechen. Der vom Kabinett beschlossene Referentenentwurf enthalte keinerlei Festlegungen, wie viele Betreuer für wie viele Kinder zur Verfügung stehen müssten, kritisierte die Familienpolitikerin der Grünen-Landtagsfraktion, Andrea Asch, am Donnerstag in Düsseldorf. Es seien nicht einmal mehr Höchstkindernzahlen für die Gruppen festgelegt. Bislang liegt die Obergrenze bei 25 Kindergartenkindern.

«Die Gruppen können grenzenlos voll gestopft werden, um mehr öffentliche Zuschüsse zu erlangen», kritisierte Asch. Mehr Personal müsse deswegen dem Entwurf zufolge nicht eingestellt werden. Darüber hinaus fehle die versprochene Garantie zur Erstattung der Kindergarten-Kalmmieten aus der Landeskasse. «Der Entwurf sieht nur eine "Kann-Regelung" vor», bemängelte die Oppositionspolitikerin. «Das ist klarer Vertragsbruch.» Das neue Gesetz soll am 1. August 2008 in Kraft treten.

NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) betonte dagegen, der Gesetzentwurf werde «dort, wo er nach Auffassung der Trägerverbände nicht präzise genug umgesetzt wurde», verbessert. Ihm gehe es ausdrücklich darum, «den Konsens 1:1 ins Gesetz zu übernehmen». Die Freie Wohlfahrtspflege, die in den vergangenen Monaten mit den Vertretern der Landesregierung und anderen Trägern am Verhandlungstisch gesessen hatte, sieht den Konsens «grundsätzlich in Frage gestellt». Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflege, Uwe Becker, kritisierte vor allem «die im Entwurf vorgesehene einseitige Ermächtigung der Landesjugendämter, Kind- und Mietpauschalen festzulegen». Eine verlässliche Finanzplanung sei auf dieser Basis nicht mehr zu leisten. An verschiedenen Stellen des Entwurfes werde «der gemeinsame Konsens nicht beachtet und die dort getroffenen Regelungen nicht oder nur unvollständig umgesetzt».

Als pädagogisch nicht vertretbar lehnen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Grünen zudem die vorgesehenen Regelungen für Tagesmütter ab. Demnach soll eine Tagesmutter acht Kleinkinder betreuen dürfen. Die Wohlfahrtsverbände fordern dagegen, die Höchstgrenze bei maximal fünf festzulegen.

Auch die Gewerkschaften beklagen fehlende Personalstandards und eine unklare Finanzausstattung für die Kindertagesstätten (Kita). «Die Träger werden künftig mit einer enormen Unsicherheit ihre Planungen treffen müssen, weil die zukünftige Finanzierung im Wesentlichen von der Elternnachfrage abhängt und deren Wahlverhalten nicht eingeschätzt werden kann», kritisierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in ihrer Stellungnahme zum Gesetzentwurf. Die Elternbeiträge hängen künftig davon ab, ob sie 25, 35 oder 45 Wochenstunden in der Kita buchen.

«Quantität statt Qualität» in der Kita befürchten Grüne und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). «Unter dem Strich bekommen die Kindertageseinrichtungen nicht mehr Geld, sondern einen Haufen neuer Aufgaben», kritisierte der DGB in seiner Stellungnahme. Dazu zählten etwa die Sprachförderung und vorschulische Bildung.

Nach Monate langem Ringen hatte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) Ende Februar gemeinsam mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände eine Rahmenvereinbarung zur Kindergarten-Novelle unterzeichnet. Vor einem Monat hatte das Kabinett einen ersten Referenten-Entwurf für das neue Gesetz beschlossen. Es sieht unter anderem eine verstärkte Bildung und Förderung von Kindern im Vorschulalter sowie den Ausbau der Krippenplätze vor. Am vergangenen Dienstag endete die schriftliche Anhörung der Träger und Verbände.
dpa bg yynwd

19.04.2007 12:52